

## Pressemitteilung

Saarlouis, 31.05.2026

### Pressemitteilung: Gute Nachricht mit Beigeschmack - A13 und die Frage des Timings

#### Landesgeschäftsstelle

Lisdorfer Straße 21b

66740 Saarlouis

T. + 49 6831 - 4 94 40

F. + 49 6831 - 4 66 01

info@sllv.de

www.sllv.de

Mitglied im  
dbb beamtenbund  
und tarifunion saar

Der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband (SLLV) begrüßt die angekündigte Absicht der Landesregierung die Besoldung von Grundschullehrkräften schrittweise auf A13 anzuheben. Die Umsetzung soll in der kommenden Legislaturperiode erfolgen.

Bereits seit Jahren fordert der SLLV diese Anhebung – zuletzt wurde am 20.04.2026 unter dem Titel „*Wer Zukunft bildet, verdient A13*“ in einer Pressemitteilung daran erinnert, dass die Besoldungsfrage einen zentralen Gradmesser für die Wertschätzung im Bildungssystem darstellt. „*A13 für Grundschul- und Hauptschullehrkräfte ist keine neue Idee – sondern eine längst überfällige Korrektur einer strukturellen Ungleichbehandlung*“, betont Frederike Potthoff, stellvertretende Landesvorsitzende und Referentin für Grundschulen im SLLV. Eine Ungleichbehandlung in dem Bundesland, welches im bundesweiten Besoldungsranking das Schlusslicht bildet und daher dringend konkurrenzfähig gemacht werden müsste.

Trotz größter Zustimmung für den Inhalt der Ankündigung, kritisiert der SLLV die politische Rahmung. Die Kopplung einer Entscheidung für A13 an eine mögliche Wiederwahl wird vom Verband hinterfragt. „*Wer Wertschätzung für Lehrkräfte an kommende Legislaturperioden knüpft, macht aus ihr ein politisches Druckmittel – und verfehlt ihren eigentlichen Sinn*“, so Potthoff. Der SLLV warnt davor solche grundlegenden Fragen der Gleichbehandlung von Lehrkräften als politisches Mittel im Vorfeld von Wahlen zu nutzen. A13 ist aus Sicht des Verbandes eine fachliche Notwendigkeit – keine variable Größe im politischen Kalender. Dass die Anhebung erst für die nächste Legislaturperiode angekündigt wird, wirkt weniger wie ein bildungspolitischer Aufbruch und vielmehr wie ein platzierter Wahlkampfbaustein. Dabei gilt auch: Wer allein regiert, könnte auch allein entscheiden. Die SPD verfügt derzeit über die Mittel, um A13 bereits jetzt umzusetzen – statt die Maßnahme auf eine nächste Amtszeit zu verschieben.

Zuletzt weist der SLLV darauf hin, dass die Frage der Gleichstellung nicht nur Grundschullehrkräfte betrifft. Auch für Hauptschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen fordert der SLLV seit Langem eine Anhebung zu A13 – was bislang von der Landesregierung nicht kommuniziert wird.

Unabhängig davon, welche demokratische Partei A13 am Ende tatsächlich umsetzt, begrüßt der SLLV den Schritt ausdrücklich. Vielleicht hat das aktuelle Wahlversprechen zumindest einen unerwarteten Nebeneffekt: Es erhöht den Druck auf alle anderen politischen Akteure in einer möglichen kommenden Regierungsverantwortung nachzuziehen. Wenn schon Wahlkampfkommunikation, dann vielleicht wenigstens mit einem guten Ergebnis für die Grundschul- und Hauptschullehrkräfte.